



Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit
- Die Wahlalternative
Bezirksverband Lichtenberg-Hohenschönhausen
www.wasg-lichtenberg.de

An die Mitglieder, an die Sympathisantinnen und Sympathisanten der Linkspartei.PDS

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der eigenständige Antritt der Berliner WASG zu den Abgeordnetenhauswahlen hat viel Widerspruch hervorgerufen, Einwände, Befürchtungen und Empörung ausgelöst. Der Vorwurf an uns lautet, wir würden die "Einheit der Linken" gefährden. Wir sehen das anders.

Bereits vor einem Jahr, im Vorfeld der Bundestagswahl, haben wir als Bezirksverband Lichtenberg-Hohenschönhausen Position bezogen. Am 31. Mai 2005, deutlich vor den Vereinbarungen auf höchster Ebene der Parteivorstände, erklärten wir: "Wir rufen alle, die eine Linke Kraft im Bundestag als Korrektiv der neoliberalen Politik der Bürgerlichen Parteien wollen, dazu auf, ihre Erststimme Petra Pau (PDS/ Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf) bzw. Gesine Löttsch (PDS/ Wahlkreis Lichtenberg) zu geben. Dieser Aufruf ändert nichts an unserer kritischen Haltung gegenüber der Politik der Berliner PDS, die wir weiter aufrechterhalten und auch weiter deutlich vorbringen werden. Unser Aufruf gilt unabhängig davon, ob es zu einem gemeinsamen Wahlantritt von WASG und PDS kommt." Am Ende unserer Erklärung hieß es: "Im festen Glauben daran, daß es auch zahlreiche Mitglieder der Berliner PDS gibt, die der Politik ihrer Senatoren kritisch gegenüber stehen, ohne dabei die Loyalität gegenüber Programm und Statut zu vergessen, fordern wir die Berliner PDS auf, mit den Mitgliedern der WASG Berlin den konstruktiven Dialog zu führen. Wir sind, im Interesse eines starken und gleichberechtigten linken Bündnisses, dazu bereit und machen den ersten Schritt. Jetzt sind die Kolleginnen und Kollegen der PDS gefragt."

Diesen konstruktiven Dialog im Interesse eines linken Bündnisses hat es jedoch nicht gegeben. Neben den Mühen der gegenseitigen Verständigung war dabei offensichtlich die Hoffnung entscheidend, den eigenständigen Wahlantritt der Berliner WASG letztlich mit administrativen Maßnahmen verhindern zu können. Kein Vorwurf war zu plump, um nicht gegen uns aufgeboten zu werden: Wir wurden zu "Spaltern" und "Sektieren" erklärt, die nicht nur die Existenz der Fraktion im Bundestag, sondern sogar die Finanzgrundlage beider Parteien mutwillig gefährden würden. Dabei ist bis heute der Himmel über der Linksfraktion nicht eingestürzt, obwohl wir am 17. September als Liste 14 auf dem Wahlzettel stehen werden.

Unser Wahlantritt ist kein Selbstzweck. Unser Wahlantritt ist auch kein Abschied aus dem Prozeß der Bildung einer neuen Linken, sondern soll im Gegenteil ganz bestimmte Positionen in diesem Prozeß stärken. Denn es reicht nicht, daß auf dem Papier viele Programmpunkte von WASG und L.PDS übereinstimmen. Die Einheit

der Linken ist kein Ergebnis von höflicher Diplomatie, von programmatischem Streit und taktischen Kompromissen. Sie ist mehr als die Fusion zweier Parteien. Die Einheit der Linken hat ihre Grundlage an der großen und kleinen Solidarität der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen, egal welcher Hautfarbe und Nationalität. Auf die politische Praxis kommt es an.

Für diese Praxis ist entscheidend, daß der Einzug der Linksfraktion in den Deutschen Bundestag eben keine Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses anzeigt. Im Gegenteil. Seit Jahren sind die Interessenvertretungen der abhängig Beschäftigten auf einem unkontrollierten Rückzug. Die alten Mittel – Tarifvertrag, Personalvertretung, SPD oder PDS wählen – erfüllen nicht mehr ihren Zweck. Die Verschärfung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die Hartz IV erreichen sollte, ist eingetreten. Und zum 1. August trat schon die zweite Runde massiver Verschärfungen der Hartz-IV-Gesetze in Kraft. In wenigen Monaten hat die große Koalition fast ohne gesellschaftlichen Protest geschafft, woran Clement im letzten Herbst gescheitert ist: Die Erwerbslosen werden in der Öffentlichkeit wieder als Kostgänger der Gesellschaft hingestellt, so daß es im "Interesse der Allgemeinheit" liegen soll, sie kurz zu halten.

In einer solchen Situation hilft es wenig, auf Rettung von oben, aus dem Bundestag oder durch andere höhere Wesen ("Gott, Kaiser und Tribun") zu hoffen – schon gar nicht in Berlin. Politisch und juristisch ist Berlin zwar Hauptstadt der gesamten Bundesrepublik. Sozial und ökonomisch ist Berlin lediglich die Hauptstadt des verarmten Anschlußgebietes Ostdeutschland. Nur wenn wir hier vor Ort linke Politik sozial verankern können, wenn wir uns auf handlungsfähige und solidarische Organisationen

der Betroffenen stützen können, wird effektiver Widerstand gegen Sozialabbau und Ausbeutung möglich werden. Der linke Sozialdemokrat Peter von Oertzen hat das Problem einmal sehr realistisch beschrieben: "Ohne Unterstützung durch gesellschaftlichen Druck, durch Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, aus kritischen Teilen der Kirchen und Verbänden läßt das Kapital die Linken im Parlament am ausgestreckten Arm verhungern."

Statt in Berlin diesen notwendigen gesellschaftlichen Druck durch Unterstützung von Protest und Widerstand der von Sozialabbau Betroffenen zu befördern, hat sich die Berliner PDS in die Umsetzung neoliberaler Politik einbinden lassen. Zumindest die liberale Führung des Landesverbandes hat dabei keinesfalls gegen ihre Überzeugungen gehandelt. Mehrfach hat sich der Wirtschaftsnetzer und heutige Spitzenkandidat der L.PDS, Harald Wolf, „zum Vorsatz bekannt“ und jede Distanzierung von der Kürzungspolitik der Landesregierung abgelehnt: „Deutlich zu machen, daß wir in der Tat wollen, was wir tun, sollte die methodische Richtschnur für die PDS-Regierungspolitik der kommenden Jahre werden.“ – so Wolf bei seiner Halbbilanz 2004 in Szczecin. Anstatt "dicke Bretter zu bohren" und anhand Berlins die soziale Frage der Perspektive ganz Ostdeutschlands aufzuwerfen, ist der Senat den Weg des – leider – geringeren Widerstandes gegangen und hat sich auf Sozialkürzungen und das geschickte gegeneinander Ausspielen der Betroffenen verlegt.

An unserer Kritik an der Politik des SPD-PDS-Senates in Berlin haben wir nichts zu ändern. Drei Beispiele:

- Etwa die Hälfte der 30.000 Ein-Euro-Jobs in Berlin wurde im öffentlichen Dienst geschaffen und ersetzt dort direkt

reguläre Jobs. Aber auch an vielen anderen Stellen treten Ein-Euro-Jobber an die Stelle normal bezahlter Kolleginnen und Kollegen. Dieser Verdrängung könnte begegnet werden: Nicht nur durch den Senat, sondern auch hier im Bezirk ist ein politischer Einfluß auf die Umsetzung von Hartz IV möglich. Denn die Bezirke stellen die Hälfte der Vertreter im Aufsichtsrat der Jobcenter. Die Frage ist nur, wofür man sich einsetzt. So will Senator Wolf mit der sogenannten Entgeltvariante (ver.di: "die Wolfsche Mogelpackung") das Lohndumping sogar verewigen: eine Bezahlung nach geltenden Tarifverträgen ist nicht vorgesehen. Damit es auch künftig günstiger ist, reguläre Beschäftigung abzubauen.

Wir wollen kein Berlin, in dem die Menschen mit staatlich gefördertem Niedriglohn statt regulären Jobs ihr Auskommen finden sollen.

- Unter dem Vorwand der Haushaltskonsolidierung wird die Privatisierung vorangetrieben, trotzdem ist in den letzten fünf Jahren die Verschuldung Berlins immer weiter angestiegen, von 42 auf 60 Milliarden Euro. Im Kapitalismus zählt aber nur das Eigentum. Mit dem öffentlichen Vermögen geht auch die öffentliche Kontrolle über Wasser, Strom, Gas und die veräußerten Wohnungsbestände verloren

Wir wollen kein Berlin, in dem mit dem öffentlichen Eigentum auch die Möglichkeiten der demokratischen Gestaltung der Stadt verschleudert werden.

- Immer, wenn es um die Fondszeichner der Landesbank Berlin oder um die Eigentümer der Berliner Wasserbetriebe geht, verweist der Senat auf die gute alte Kaufmannsregel, daß Verträge eingehalten werden müssen. Aber im Januar 2003 trat das Land Berlin unter einem SPD-PDS-Senat aus dem Tarifvertrag aus, um Personalkosten einsparen zu können. Damit hat das „rot-rote“

Berlin ein Tabu gebrochen. Andere Landesregierungen sind gefolgt, die Tariflandschaft im öffentlichen Dienst gleicht heute einem Flickenteppich mit großen Löchern. Über den öffentlichen Dienst hinaus folgten Einkommens Kürzungen für zehntausende Beschäftigte bei den Berliner Zuwendungsempfängern (v.a. den Wohlfahrtsverbänden). Bereiche, die Anfangs aus dem Konflikt um die Kürzungen herausgehalten wurden, führte der Senat später an die Opferbank: die Kliniken von Vivantes, die BVG natürlich auch. Am Universitätsklinikum Charite herrscht bis heute ein tarifloser Zustand und es werden – da ver.di einem Absenkungstarifvertrag nicht zustimmen will – 1500 betriebsbedingte Kündigungen vorbereitet.

Wir wollen kein Berlin, in dem Verträge mit Kapitaleignern heilig gesprochen, Tarifverträge aber gebrochen werden.

Obwohl unsere Kritik an der Politik des SPD-PDS-Senates von vielen geteilt wird – auch von vielen Mitgliedern der PDS – hat sich an der Politik des Senates im letzten Jahr nichts geändert. Dessen ungeachtet wird uns von den gleichen Kolleginnen und Kollegen, die bisher mit ihrer Kritik innerhalb der PDS gescheitert sind, immer wieder empfohlen, uns auf den langen Marsch durch den Linksparteiapparat zu begeben. Wir glauben nicht, daß die Auseinandersetzung um die neue Linke nur mit Argumenten, nur mit der "sanften Gewalt der Vernunft" (Lothar Bisky) geführt wird – sondern auch als machtpolitische Auseinandersetzung mit den entsprechenden Mitteln.

Dieser Auseinandersetzung werden wir nicht ausweichen, weil nur aus Unterschieden etwas wirklich Neues entstehen kann. Erstmals seit 1989 besteht heute mit der Bildung einer neuen Linken die Chance, Menschen zu ermu-

tigen, sich für eine solidarische Lösung der gesellschaftlichen Konflikte einzusetzen, aktiv in die Gestaltung linker Alternativen einzugreifen. Nicht nur in Ostdeutschland hat das Scheitern der Versuche, gegen die Stagnation des "realexistierenden Sozialismus" eine wirkliche Alternative zum Kapitalismus zu entwickeln, Resignation und einen ebenso verbreiteten wie utopischen Rückzug ins Private hervorgerufen. Diesen Prozeß kann man nicht einfach umkehren, indem man sich als "Noch kleineres Übel" zur Wahl stellt. Eine soziale Opposition ist nötig. Mit demokratisch-sozialistischen Parteitagereden angedeutete große Perspektiven bleiben graue Theorie, wenn zugleich mit einer perspektivlosen Sparpolitik die Lebensmöglichkeiten der eigenen Wählerinnen und Wähler eingeschränkt werden. Solange die Schwachen schwach bleiben, hilft alle gut gemeinte Stellvertreterpolitik nichts, weil das Kapital solche Stellvertreter im Parlament – siehe oben – am ausgestreckten Arm verhungern läßt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir werden uns in den nächsten Wochen an vielen Stellen begegnen. Bei Veranstaltungen und auf der Straße, an Infotischen und beim Verteilen von Flugblättern werden sich manche Möglichkeiten zur Diskussion ergeben. Wir erwarten nicht, daß Ihr alle unsere Argumente

und unsere Kritik teilt. Wir erwarten aber von Euch, daß Ihr unseren eigenständigen Antritt als eine Möglichkeit linker Politik in Berlin akzeptiert. Ihr wißt so gut wie wir, daß jede Stimme für die PDS als Bestätigung der Senatspolitik der letzten Jahre gezählt wird. Einigen von uns ist das bei der Europa-Wahl 2004 zum letzten Mal passiert. Heute wirbt die Abgeordnetenhaus-Fraktion mit dem Slogan „Fortsetzung folgt“. Nicht mit uns. Wir haben uns auf das Abenteuer WASG eingelassen, weil wir bei der Wahl endlich wieder eine Alternative haben wollten. Wir haben an keiner Stelle das Projekt einer neuen Linken blockiert. Aber wir werden unsere Überzeugungen nicht an der Garderobe der neuen Linkspartei abgeben. Als Trittbrettfahrer der großen L.PDS wird man eine sozial verankerte Linke nicht bilden können.

Es geht in diesem Wahlkampf nicht nur um die künftige Stärke linker Positionen in der Berliner Landespolitik. Es geht auch um die Stärke linker Positionen im bundesweiten Prozeß der Bildung einer neuen linken Partei. Wir, die Berliner WASG, können uns dabei nicht auf Apparate stützen, sondern nur auf die Unterstützung, die wir für eine konsequente soziale Opposition von den Berlinerinnen und Berlinern erhalten. Die Kraft ihrer Solidarität werden wir in die neue Linkspartei einbringen. Sie ist nicht alles – aber ohne sie ist alles nichts.

Berlin, den 7. August 2006

Bezirksverband Lichtenberg-Hohenschönhausen der WASG Berlin

Kontakt: Sebastian Gerhardt (Kandidat Landesliste Platz 2, Direktkandidat Wahlkreis 5, Bezirksvorstand)
0176-24042895 oder Sebastian.Gerhardt@wasg-berlin.de

**"Sie dachten, sie wären an der Macht, dabei waren sie nur an der Regierung."
Kurt Tucholsky**